

Federf. Stadtamt: Amt für Stadtplanung u. Bauaufsicht

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Bürgermeister Roland	01.04.2011	11

öffentliche Sitzung

Betrifft:

A 52

- Sachstand -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Aus aktuellem Anlass soll über das Projekt „Ausbau der B 224/A 52“ berichtet werden.

Unter anderem fand eine Berichterstattung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 1. Februar 2010 statt. Neben einem schriftlichen Sachstandbericht der Verwaltung hat der von der Stadt Gladbeck beauftragte Gutachter, Prof. Dr. Lühder, den aktuellen Planungsstand zum Autobahnkreuz A 2 / A 52 sowie zu weiteren fachlichen Untersuchungen im Rahmen des städtischen Forderungskatalogs dargelegt. Dr. Bischopink gab Erläuterungen zu juristischen Fragen des Planfeststellungsverfahrens.

Weiterhin hatte Bürgermeister Roland über den beabsichtigten Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesverkehrsministerium , Herrn Enak Ferlemann berichtet, der aber kurzfristig abgesagt worden ist.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der Forderungskatalog der Stadt Gladbeck weiterhin inhaltlich berechtigt ist, die bislang erreichten Zugeständnisse zeigten, dass eine Annäherung in den bisherigen Verhandlungen bei weitem noch nicht erreicht ist. Man hatte sich daher darauf verständigt, möglichst noch vor der Landtagswahl einen Gesprächstermin mit Herrn Ferlemann und dem Landesverkehrsminister Lienenkämper zu vereinbaren. Dieser Termin ist bisher nicht zustande gekommen.

Der aktuelle Stand des Autobahnprojektes stellt sich aus der Sicht der Stadt Gladbeck zwischenzeitlich wie folgt dar:

- Im April 2010 hat der Landesbetrieb Straßen NRW der Stadt Gladbeck die fortgeschriebenen Kostenermittlungen für die alternative Verbindungsrampe der Verkehrsbeziehung Essen/Oberhausen im geplanten AB-Kreuz mitgeteilt. Danach be-

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

laufen sich die Mehrkosten für den von der Stadt Gladbeck gewünschten „Unterflieger“ auf brutto ca. 13 Mio. Euro.

Zusätzlich wurde dargelegt, dass die von der Stadt Gladbeck entwickelte Teilanschlussstelle für eine angemessenere Erschließung des **Gewerbeparks Brauck** nach Prüfung durch den Landesbetrieb als „unwirtschaftlich, nicht richtlinienkonform und nicht beschilderbar“ beurteilt werde und diesem Vorschlag daher nicht zugestimmt werden könne.

- Im Januar 2011 luden verschiedene bürgerschaftliche Organisationen sowie Verkehrs- und Umweltverbände zu einer „**Mobilität-Werk-Stadt**“ ein, die mit ca. 500 Teilnehmern gut besucht war. In Arbeitsgruppen wurden Lösungsansätze für die Mobilität von morgen entwickelt. Das Land wird aufgefordert, Mittel für ein neues, gemeinsam zu entwickelndes Verkehrs- und Mobilitätskonzept zur Verfügung zu stellen. Man verständigte sich auf weitere Arbeitstreffen.
- Ende Januar 2011 wenden sich die Ober-/Bürgermeister der Städte Essen, Bottrop und Gladbeck an den **Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer**, um gemeinsam mit ihm persönlich über die Problematik und über die Sichtweise der betroffenen Städte bei der Realisierung der Autobahn A 52 zu reden. Dabei sollen vor allem auch die Kosten thematisiert werden, die für eine angemessene Durchführung des Projektes benötigt werden.
- **Staatssekretär Enak Ferlemann** hat das Schreiben der Ober-/Bürgermeister im Auftrag von Verkehrsminister Ramsauer im Februar 2011 beantwortet. Dabei hat er die einzelnen Planungsstände der verschiedenen Bauabschnitte dargelegt. Für den Raum Gladbeck wird auf noch weitere, klärende Gespräche mit dem Landesverkehrsministerium hingewiesen, allerdings auch auf die begrenzten Konsensspielräume im Hinblick auf die Tunnelforderungen des Rates der Stadt Gladbeck.

Für den Ausbau der B 224 zur A 52 zwischen den Autobahnkreuzen Essen-Nord und Essen/Gladbeck verweist das Bundesverkehrsministerium auf das laufende Planungsverfahren, das in zwei Abschnitten aufgeteilt ist und für die separate Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. *„Wegen der verkehrlichen und bautechnischen Abhängigkeiten der Teilabschnitte ist hier nur eine gemeinsame Realisierung verkehrlich und wirtschaftlich vertretbar. Dementsprechend muss vor dem Baubeginn im 1. Teilabschnitt zwischen AK Essen/Nord und der Stadtgrenze Bottrop, für den im Dezember 2008 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wurde, zumindest das Baurecht für den 2. Teilabschnitt vorliegen. Hier ist die **Einleitung des Planfeststellungsverfahrens vsl. Mitte 2011** vorgesehen.“*

Abschließend bietet Herr Ferlemann einen gemeinsamen Ortstermin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Landesverkehrsministerium, Herrn Becker, und den drei betroffenen Kommunen an.

- Bürgermeister Roland hat das Schreiben von Herrn Ferlemann zum Anlass genommen, ihm im März 2011 direkt zu antworten und auf einige Sachverhalte anzusprechen, insbesondere zu rechtlichen Aspekten des praktizierten Planfeststellungsverfahrens. (Das Antwortschreiben ist der Vorlage beigelegt)

Das Baudezernat hat in der Zwischenzeit in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Lühder die erteilten Planungsaufträge zu einzelnen Fragen der geplanten Autobahnführung im Stadtgebiet von Gladbeck abgeschlossen. Dr. Bishopink und Prof. Dr. Lühder werden in der Ausschusssitzung anwesend sein und Erläuterungen zum planungsrechtlichen Verfahren sowie zum derzeitigen Stand der planerischen Untersuchungen zur A 52-Führung im Stadtgebiet von Gladbeck geben.

Finanzielle Auswirkungen:

Die konkreten finanziellen Auswirkungen des Autobahnprojektes A 52 auf den Haushalt der Stadt Gladbeck können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden.

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung sowie die Vorträge von Prof. Dr. Lühder und Dr. Bishopink über den aktuellen Stand der Planungen des Autobahnprojekt A 52 zur Kenntnis.

Der Bürgermeister

- Ulrich Roland -

In der Sitzung des

⌘ _____-Ausschusses

⌘ Rates

⌘ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: